



Informationen Ihres Europaabgeordneten

Dr. Christian Ehler, CDU/EVP

Liebe Brandenburgerinnen, liebe Brandenburger,

Ich wünsche Ihnen ein frohes und gesegnetes neues Jahr. Um Sie auch weiterhin über aktuelle Weichenstellungen und Geschehnisse aus der europäischen Hauptstadt zu informieren, übersende ich Ihnen meine Europamail.

In dieser Ausgabe möchte ich Sie zu den wichtigsten europapolitischen Themen der Monate Dezember und Januar informieren:

- 1. 2nd European Coal Days: "Die Zukunft für Kohle liegt im europäischen Energiemix"**
- 2. Neukonstituierung des Europäischen Parlaments: Martin Schulz ist neuer Präsident**
- 3. Dänemark hat EU-Ratspräsidentschaft übernommen**
- 4. "Horizon 2020": Maßnahmenpaket für das Rahmenprogramm für Innovation und Forschung von EU-Kommission vorgelegt**
- 5. EU-Studie: Kleine Unternehmen schaffen 85% aller neuen Arbeitsplätze**
- 6. Mehr Sicherheit und Transparenz bei Lebensmitteln**
- 7. Vierter Europakongress am 23./24. März in Potsdam**

Ich hoffe, dass wir auch weiterhin unseren Dialog über die Europapolitik fortsetzen können!

Mit den besten Wünschen für ein erfolgreiches Jahr 2012,

Ihr

Europäisches Parlament
Rue Wiertz, ASP 12 E 205

B-1047 Bruxelles
Tel.: +32 228 45325
Fax: +32 228 49325

E-mail: christian.ehler@europarl.europa.eu

Europäisches Parlament
Allée du Printemps
Bât Louise Weiss T 10007

F-67070 Strasbourg
Tel.: +33 3881 75325
Fax: +33 3881 79325

Europabüro/CDU Brandenburg
Gregor Mendel Strasse 3

D-14469 Potsdam
Tel.: +49 331 200 85 720
Fax: +49 331 200 85 719

E-mail: info@christian-ehler.de

1. 2nd European Coal Days: "Die Zukunft für Kohle liegt im europäischen Energiemix"



Vom 29. November bis zum 1. Dezember 2011 fanden bereits zum zweiten Mal auf Einladung von Dr. Christian Ehler die European Coal Days im Europäischen Parlament in Brüssel statt. In der 3-tägigen Veranstaltung, die in diesem Jahr in Kooperation mit Dr. Bogdan Marcinkiewicz, Mitglied des ITRE Ausschusses im Parlament, organisiert wurde, kamen zahlreiche Vertreter aus Politik, Forschung und Industrie überein, dass die Demonstrationsprojekte hinsichtlich der CO₂-

Abscheidung und Speicherung (CSS) zügig ablaufen müssen, um die zukünftige Energieversorgung in Europa sichern zu können und global eine führende Rolle zu übernehmen. Kohle sei und bliebe ein weitverfügbarer und günstiger Brennstoff sowie ein erstklassiger Stromerzeuger. Neue Technologien bieten derweil Aussicht auf eine zunehmend nachhaltigere Verwendung dieses Rohstoffes. So könne beispielsweise CO₂-Abscheidung und -nutzung (CCU) mittlerweile zur Emissionsreduzierung beitragen.

CDU-Europaabgeordneter Ehler betonte: "Anstrengungen auf EU-Ebene reichen für die Sicherung einer umweltfreundlichen Kohlenutzung in Zukunft aber nicht aus. Es wird höchste Zeit, dass auch die europäischen Kohle-Regionen die CCS-Technologie nicht länger als Problem, sondern als Chance begreifen." CCS und CCU sind Schlüsseltechnologien von globaler Bedeutung. Angesichts des weltweit zunehmenden Energiebedarfs und der steigenden Nutzung von Kohlevorkommen in Ländern wie China würde ein europäischer Technologievorsprung im Bereich der CO₂-armen Kohlenutzung nicht nur Europas Vorreiterrolle im Klimaschutz bestätigen, sondern auch ein höchst wertvolles Exportgut hervorbringen, nämlich 'saubere Kohle'. "Wir sollten für diese neuen Technologieformen werben und deren Akzeptanz fördern", so Ehler.

Ebenfalls auf die zentrale Bedeutung der kohlestoffarmen Technologien wies Energiekommissar Günther Oettinger hin. Diese seien für die Verwirklichung eines bis 2050 dekarbonisierten Energiesektors unverzichtbar. Oettinger hat unterstrichen, dass die Zukunft der Kohle in Europa untrennbar mit der Weiterentwicklung der CCS- und CCU-Technologien verbunden ist.

Im Namen der polnischen Regierung sprach sich Herr Krzysztof Bolesta für Wettbewerbsfähigkeit als höchste Priorität aus. Die Dekarbonisierung von Europas Stromsektor könnte mehrere Billionen Euro kosten und eine verheerende wirtschaftliche Auswirkungen haben. Um die Gesamtkosten zu begrenzen, sieht er CCS als einen entscheidenden Weg.

Dr. Hartmuth Zeiß, Präsident der *European Association for Coal and Lignite* (EURACOAL), erklärte bei einer Debatte, dass Kohle die mit Abstand am schnellsten wachsende Energiequelle in den letzten zehn Jahren war und in vielen Ländern das Rückgrat der Stromversorgung bleibt. Industrielle Verbraucher und Haushalte auf der ganzen Welt werden somit von niedrigen Strompreisen profitieren können. Des Weiteren sprach auch er sich für eine ausgewogene Energiepolitik und ein vielfältiges Energiesystem aus.

Nach Ansicht von Herrn Philip Lowe, Energie-Generaldirektor bei der Europäischen Kommission, seien gut strukturierte Märkte das beste Mittel, um die politischen Ziele zu erreichen. Mit Blick in die Zukunft sprach er sich neben Nachhaltigkeit für den Wunsch nach mehr einheimischer Energieerzeugung und damit mehr Sicherheit diesbezüglich aus. Aufgrund dessen stimmte Lowe für eine weitere Unterstützung erneuerbarer Energien mit einem hohen Anteil an Energiemix auch nach 2020.

Mit einem Arbeitsfrühstück, bei dem die *Central Europe Energy Partners* ihre Vorschläge für neue Investition und Förderung in mehr effiziente kohlegefeuerte Kraftwerke in Polen präsentierten, endeten schließlich die 2nd European Coal Days. Ihrer Meinung nach könnten durch die Gewährleistung von Zulagen im Rahmen des *EU Emissions Trading System* (EU ETS) innerhalb eines 20-jährigen Zeitraums dringend benötigte Investitionen in neue Kraftwerke gefördert werden. Eine solche Zulage sollte allerdings lediglich denen zugesprochen werden, die mindestens eine 45%ige Effizienz leisten.

Während der 3-tägigen Veranstaltung wurden die Schritte für eine saubere Zukunft mit Kohle deutlich zum Ausdruck gebracht: gezielte Investitionen und Förderungen, Modernisierung zur Verbesserung der Effizienz und Flexibilität, Forschung zur Senkung der Kosten sauberer Technologien und der künftige Einsatz von CCS im industriellen Maßstab.

2. Neukonstituierung des Europäischen Parlaments: Martin Schulz ist neuer Präsident

Zwischen den Christdemokraten und den Sozialdemokraten - den beiden größten Gruppierungen in der EU-Volksvertretung - gibt es eine Absprache, wonach der Posten des Parlamentspräsidenten innerhalb einer Legislaturperiode für jeweils zweieinhalb Jahre an die eine und danach an die andere Fraktion geht. Das Mandat des Konservativen Jerzy Buzek, der im Juli 2009 an die Spitze der Volksvertretung gewählt worden war, endete nach Dezember 2011.



Am Dienstag, den 17. Januar 2012 hat die Wahl des neuen EP-Präsidenten stattgefunden. SPD-Europaabgeordneter Martin Schulz wurde bereits im ersten Durchgang mit großer Mehrheit für den Posten gewählt. Im Rahmen der Neuwahlen wurden zudem zwei weitere deutsche Europaabgeordnete zur Halbzeit der laufenden Legislaturperiode zu einem von 14 Vizepräsidenten des Parlaments gewählt, Alexander Alvaro (FDP) und Reiner Wieland (CDU).

754 Abgeordnete sitzen zurzeit im Europäischen Parlament, davon haben die Christdemokraten 271 Sitze, die Sozialdemokraten 190. Zusammen erreichen sie bequem die absolute Mehrheit der abgegebenen Stimmen, die für die Wahl des EU-Parlamentspräsidenten benötigt wird. Der Präsident leitet das Präsidium sowie wichtige Plenarsitzungen und vertritt die europäische Volksvertretung nach außen.

Schulz stammt aus Würselen bei Aachen und ist seit 1994 Europaabgeordneter. Seit 2004 führt er den Vorsitz der sozialdemokratischen Fraktion im Europäischen Parlament. Er betonte aber, dass er nach seiner Wahl an die Spitze eng mit den Vorsitzenden der einzelnen Parteien und denen der verschiedenen

Delegationen zusammenarbeiten wolle, um die Rolle des Parlaments und seine prüfende Funktion im Hinblick auf den Europäischen Rat zu stärken.

Dem Europäischen Parlament kommt nach seinen Vorstellungen die Schlüsselrolle zu, gerade in der Eurokrise. "Denn die wichtigen Entscheidungen, die auf den Gipfeln der Staats- und Regierungschefs beschlossen werden, müssen demokratisch legitimiert werden", sagt Schulz. Zudem sei das Europäische Parlament die Institution, die am transparentesten handle.

Werner Langen, Chef der CDU/CSU-Gruppe im Parlament urteilte, dass Schulz zwar "ein engagierter Sozialist" sei - so heißen die Sozialdemokraten im europäischen Parlament -, aber "als Mensch und als Politiker verlässlich". Martin Schulz wird das Amt des Präsidenten bis zum Ende 2014 innehaben.

3. Dänemark hat EU-Ratspräsidentschaft übernommen



Dänemark hat am 1. Januar 2012 den Vorsitz im Ministerrat der Europäischen Union von Polen übernommen. Es ist bereits das siebte Mal seit dessen Beitritt, dass das Land die Ratspräsidentschaft innehat.

"Wir gehen derzeit durch die größte Krise der jüngsten Zeit, und all unsere Handlungen sind von Bedeutung", sagte Dänemarks neuer Europa-Minister Nicolai Wammen zum Auftakt der Ratspräsidentschaft. Diese wird zur Aufgabe haben, die EU durch konkrete Resultate zu vereinen und den Wert sowie die Notwendigkeit der europäischen Zusammenarbeit für den einzelnen Bürger deutlich zu machen.

Die dänische Regierungschefin Thorning-Schmidt sagte überdies, dass das Land "die EU in schwieriger Zeit stärken" wolle. „Ebenso gelte es innerhalb der Präsidentschaft, die Briten wieder stärker in die Gemeinschaft einzubinden“, so Thorning-Schmidt. Zudem soll eine wirtschaftliche, soziale und umweltfreundliche Zukunftssicherheit für Europa geschaffen werden.

Aus diesem Grund hat Dänemark vier Prioritäten: ein verantwortlicheres, ein dynamischeres, ein grüneres und ein sichereres Europa. So will die Präsidentschaft des Rates beispielsweise eine offensive Agenda für grünes und nachhaltiges Wachstum aufstellen, wobei es Ziel sein wird, Wachstum ohne erhöhten Ressourcen- und Energieverbrauch zu schaffen. Die Anpassung des EU-Haushalts 2014-2020 soll diese Absicht unterstützen. In den letzten Jahren hat die EU eine so ambitionöse Energie- und Klimapolitik entwickelt, dass die EU in dem Bereich auf globaler Ebene führend ist.

Am 1. Juli 2012 wird Dänemark den Stab an Zypern weiterreichen. Gemeinsam mit Polen, das die Ratspräsidentschaft im zweiten Halbjahr 2011 innehatte, bilden diese Länder die "Trio-Präsidentschaft". Diese soll dafür sorgen, dass längerfristige Politikaufgaben auch nach Ablauf einer sechsmonatigen Ratspräsidentschaft kontinuierlich betreut werden.

4. "Horizon 2020": Kommission legt Maßnahmenpaket für Forschung und Innovation ab 2014 vor

Nachdem die Europäische Kommission am 30. November 2011 ihren Vorschlag zum neuen Rahmenprogramm für Forschung und Innovation "HORIZON 2020" veröffentlicht hatte, fand im Forschungsausschuss des Parlaments in der vergangenen Woche die erste Aussprache zwischen Europaparlamentariern und Beamten der Kommission statt. Neben viel Lob für den Kommissionsentwurf, gab es auch erste Kritik und vor allem - viele Fragen.



Das Rahmenprogramm für Forschung und Innovation soll mit rund 80 Milliarden Euro für den Zeitraum von 2014 bis 2020 Forschung und Innovation innerhalb der EU fördern. Gegenüber dem 7. Forschungsrahmenprogramm wurde die Ausstattung der Forschungsförderung damit um 46% erhöht. HORIZON 2020 stellt damit die Schlüsselinitiative zur Umsetzung der sogenannten "Innovationsunion" dar, die bis 2020 zur Schaffung von nachhaltigem Wirtschaftswachstum und neuen Arbeitsplätzen beitragen soll, um die globale Wettbewerbsfähigkeit Europas zu sichern.

Mit HORIZON 2020 werden erstmals Forschung und Innovation in einem einzigen Programm zusammengefasst. Mehr denn je ist das Programm darauf ausgerichtet, wissenschaftliche Durchbrüche in innovative Produkte und Dienstleistungen zu verwandeln, die Geschäftsmöglichkeiten bieten und das Leben der Menschen verbessern. Wirtschaft, Industrie - und hier vor allem auch die Klein- und Mittelbetriebe (KMU) - sollen von dem Förderprogramm profitieren.

Die drei Prioritäten von HORIZON 2020 sind dabei sind "Exzellenz der Wissenschaft", "Industrielle Führungsposition" und "Gesellschaftliche Herausforderungen". Für Nachwuchsförderung und exzellente Grundlagenforschung werden 24,6 Milliarden Euro bereitgestellt. Die Sicherung der industriellen Führungsposition in der Innovation wird mit 17,9 Mrd. Euro unterstützt. Ergänzend hierzu hat Vizepräsident Antonio Tajani weitere 2,5 Milliarden Euro für ein neues Programm für Wettbewerbsfähigkeit und Innovation in KMU in Aussicht gestellt. Für die wissenschaftliche Bewältigung der großen gesellschaftlichen Herausforderungen unserer Zeit werden (Gesundheit; Ernährungs- und Lebensmittelsicherheit; Biowirtschaft; sichere, saubere und effiziente Energie; Klimaschutz, Ressourceneffizienz und Rohstoffe; integrative, innovative und sichere Gesellschaften) werden insgesamt 31,7 Milliarden Euro bereitgestellt; 6,5 Milliarden Euro davon allein für den Energiebereich.

In der ersten Aussprache zum Forschungsrahmenprogramm kündigten viele Abgeordnete bereits an, dass sie sich in den kommenden Diskussionen für eine Erhöhung des Forschungsbudgets auf 100 Milliarden Euro aussprechen werden. So auch Dr. Christian Ehler: "Die Kommission bleibt weit hinter den Erwartungen des Europaparlaments zurück. Wir hatten eine Verdopplung des Etats auf 100 Milliarden Euro gefordert. Wenn wir wirklich die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Wirtschaft im internationalen Vergleich stärken wollen, müssen wir richtig Geld in die Hand nehmen". Christian Ehler wird als Berichterstatter für den Kommissionsvorschlag zu den Beteiligungsregeln im HORIZON 2020 fungieren und für die EVP-Fraktion auch an der Stellungnahme des Parlaments zu HORIZON 2020 selbst mitarbeiten.

Begrüßt wurde von vielen Abgeordneten die radikale Vereinfachung des neuen Rahmenprogramms, die Forscherinnen und Forschern die Teilnahme an EU-Förderprogrammen erleichtern soll. So wurde etwa die Kostenerstattung durch Einführung eines einheitlichen Pauschalsatzes für die indirekten Kosten erleichtert. Zudem wird man sich zukünftig auf nur zwei Fördersätze beschränken - einen für Forschungs- und einen anderen für marktnahe Tätigkeiten. Zudem soll es eine einzige Anlaufstelle für Teilnehmer geben und der Aufwand für die Ausarbeitung der Vorschläge verringert werden. Auch soll es keine unnötigen Kontrollen und Audits mehr geben.

Der Kommissionsvorschlag wird im Rat und im EP erörtert und soll vor Ende 2013 verabschiedet werden. Im Januar 2014 soll "Horizon 2020" dann mit den ersten Calls starten.

Weitere Informationen:

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/1475&format=HTML&aged=0&lan>

5. EU-Studie: Kleine Unternehmen schaffen 85% aller neuen Arbeitsplätze



85 % der von 2002 bis 2010 in der EU netto neu entstandenen Arbeitsplätze wurden von kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) geschaffen. In diesem Zeitraum stieg die Nettobeschäftigung in der gewerblichen EU-Wirtschaft beträchtlich. Im Durchschnitt entstanden jährlich 1,1 Millionen neue Stellen.

Dies sind die wichtigsten Ergebnisse einer von der EU am 16. Januar 2011 vorgestellten Studie, die den wesentlichen Beitrag der KMU zur Entstehung von Arbeitsplätzen verdeutlicht. Die Studie ist Teil der KMU-Leistungsüberprüfung und beruht auf einer Ende 2010 durchgeführten Unternehmensbefragung, die die 27 EU-Mitgliedstaaten und zehn weitere Länder umfasst, die am Programm für unternehmerische Initiative und Innovation teilnehmen.

In der gewerblichen Wirtschaft führen Kleinstunternehmen mit weniger als zehn Beschäftigten den Trend an. Mit 1% war das jährliche Beschäftigungswachstum bei KMU höher als bei großen Unternehmen (0,5 Prozent). Dies ist deutlich überdurchschnittlich, weil die KMU bloß 67% der Gesamtbeschäftigten stellen. Vor allem jüngere Unternehmen, die jünger sind als 5 Jahre, liegen bei der Schaffung von Arbeitsplätzen vorn. Neue Unternehmen im Bereich der Dienstleistungen für Unternehmen haben mehr als ein Viertel (27 %) aller neuen Arbeitsplätze geschaffen.

Eine deutliche Ausnahme bildet dabei der Handelsbereich. Dort stieg die Beschäftigung bei KMU um jährlich 0,7 %, bei großen Unternehmen dagegen um 2,2 %. Dies ist auf das starke Wachstum bei großen Handelsunternehmen zurückzuführen, insbesondere im Bereich Verkauf, Wartung und Reparatur von Kraftfahrzeugen.

Der für Unternehmen und Industrie zuständige Kommissionsvizepräsident Antonio Tajani erklärte: „In diesen schwierigen Zeiten für Europas Wirtschaft können wir uns auf die kleinen Unternehmen verlassen, denn sie sind die treibende Kraft bei der Schaffung von Arbeitsplätzen. Ihr beträchtlicher Anteil bei der

Entstehung von Arbeitsplätzen zeigt, dass die Bedeutung von KMU größer als jemals zuvor ist. Sie müssen auf allen Ebenen gefördert werden. Die kleinen und neuen Unternehmen sind ganz eindeutig der Schlüssel für die Wiederbelebung des Wirtschaftswachstums.“

Innovationsfähigkeit scheint sich dabei positiv auszuwirken: Innovative Unternehmen sowie im Allgemeinen Unternehmen aus innovativeren Ländern können häufiger Beschäftigungswachstum vermelden und verzeichnen einen höheren Beschäftigungszuwachs.

Link zur Studie: http://ec.europa.eu/enterprise/policies/sme/facts-figures-analysis/performance-review/index_en.htm

6. Mehr Sicherheit und Transparenz bei Lebensmitteln



Verbraucher können sich zukünftig leichter darüber informieren, welche Zusatzstoffe für ein bestimmtes Lebensmittel zugelassen sind. Die EU hat zwei Gesetze verabschiedet, mit denen die Verwendung von Lebensmittelzusatzstoffen bald noch sicherer und transparenter sein wird als bisher.

Mit den beiden Rechtsvorschriften werden zwei Listen aufgestellt. Diese beiden Listen sind ein wichtiger Schritt zur Durchführung der im Dezember 2008 verabschiedeten Rahmen-Verordnung (EG) Nr. 1333/2008. Die erste bezieht sich auf Lebensmittelzusatzstoffe. Sie wird ab Juni 2013 gelten. Die zweite Liste betrifft Zusatzstoffe in Stoffen, die Lebensmitteln zugesetzt werden, beispielsweise andere Enzyme, Aromen und Nährstoffe.

Der EU-Kommissar für Gesundheit und Verbraucherpolitik, John Dalli, sagte: „Die beiden Zusatzstoff-Verordnungen werden für Bürger und Industrie gleichermaßen mehr Sicherheit bringen, weil sie leichter in Erfahrung bringen können, welche Zusatzstoffe genau in Lebensmitteln erlaubt sind“. „Die Verbraucher sind also besser informiert, und die Lebensmittelindustrie in der EU hat eine solide Grundlage für die Entwicklung neuer innovativer und sicherer Produkte“, fügte dieser des Weiteren hinzu.

Transparenz ist dabei ein großer Pluspunkt der neuen Vorschriften. Die zugelassenen Verwendungen von Zusatzstoffen sind künftig nach der Lebensmittelkategorie aufgeführt, in der sie verwendet werden dürfen. So ist in der neuen Liste beispielsweise leicht zu erkennen, dass in einigen Lebensmittelkategorien nur sehr wenige oder überhaupt keine Zusatzstoffe zugelassen sind, welches etwa bei Joghurt ohne Aromen, Butter, Kompott, Teigwaren, frischem Brot, Honig, Mineralwasser und Fruchtsaft der Fall ist. In anderen Kategorien wiederum, vor allem bei hoch verarbeiteten Lebensmitteln wie Süßwaren, Snacks, Soßen und aromatisierten Getränken sind zahlreiche Zusatzstoffe zugelassen.

Neben den beiden Listen enthalten die neuen Gesetze auch ein Programm für die komplette Neubewertung der Sicherheit aller zugelassenen Zusatzstoffe sowie klare Leitlinien und Anweisungen für Anträge auf neue Verwendungen von Lebensmittelzusatzstoffen.

Die **erste Liste** kann in einer **Online-Datenbank** aufgerufen werden:
(https://webgate.ec.europa.eu/sanco_foods/?sector=FAD).

7. Vierter Europakongress am 23./24. März 2012 in Potsdam

Auch dieses Mal möchten wir Sie in unserer Europamail auf den 4. Europakongress mit dem Thema "Aktuelle vergaberechtliche Entwicklungen auf EU-Ebene und deren Auswirkungen auf die Kommunen" am **23./24. März 2012** im Seminaris Seehotel in Potsdam aufmerksam machen. Gerade vor dem Hintergrund der Auswirkungen von Entscheidungen auf europäischer Ebene für die Städte und Gemeinden möchten wir den Dialog mit Ihnen fortsetzen.



Als Referentin wurde Frau Kerstin Jorna, Stellvertretende Kabinettschefin beim EU-Kommissar für Binnenmarkt und Dienstleistungen Michel Barnier angefragt. Herr Michael Stübgen, Vorsitzender der Arbeitsgruppe „Europa“ der CDU/CSU-Bundestagsfraktion wird die Reform des EU-Vergaberechts aus Sicht des Deutschen Bundestages bewerten. Vom Deutschen Städte- und Gemeindebund wird Herr Norbert Portz auf die Chancen und Herausforderungen für die Kommunen eingehen.

Weitere Hinweise zu dieser Veranstaltung finden Sie in den kommenden Europamails.